

Monatsspiegel

August / September
2004



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

19. Juli – Tag der Befreiung – Tag der Hoffnung – Tag der Trauer?

Schon vergessen? Am 19. Juli 1979, also vor 25 Jahren, befreite die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) ihr Land Nicaragua vom Terrorregime des Diktators Anastasio Somoza und seines Clans. Das Unrechtsregime des Somoza-Clans hatte seit Jahrzehnten gegen die Bevölkerung gewütet – mit illegalen Enteignungen, Verschleppungen, Folter und Mord -, sich und seine Anhänger bereichert und die große Mehrheit der Menschen des kleinen Landes immer tiefer in Not und Armut gestürzt. Für die Infrastruktur des Landes wurde nichts getan.

Bereits im Jahr 1961 hatte Carlos Fonseca – in Erinnerung an Augusto César Sandino, der 1927-33 gegen die US-amerikanischen Besatzer gekämpft hatte und 1934 von einem Mitglied der Somoza-Familie heimtückisch ermordet worden war – die Sandinistische Befreiungsfront FSLN gegründet, die zunächst als Guerilla in den Bergen operierte und später, mit breitem Rückhalt in der

Bevölkerung, den bewaffneten Kampf zum Sturz Somozas auf das ganze Land ausdehnte. Nach opfervollen Jahren mit vielen Niederlagen zog die Frente mit Daniel Ortega an der Spitze am 19. Juli unter dem Jubel der Massen siegreich in Managua ein – Somoza hatte sich bereits am 17. Juli ins Ausland davongemacht.

Die sandinistische Revolution – inzwischen für die Nicaraguaner ein geheiligter Begriff (Ernesto Cardenal „Von der Heiligkeit der Revolution“) – erfasste das ganze Land. Ihre Ziele waren Demokratie und bürgerliche Freiheitsrechte, Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse der Bevölkerung, Bekämpfung der Unwissenheit und des Analphabetismus, verbesserte Gesundheitsversorgung und eine Agrarreform mit Verteilung des Großgrundbesitzes an die mittellosen Bauern. Kultusminister wurde der Dichter und Priester Ernesto Cardenal. Diese Revolution wurde von der Bevölkerung

getragen und breit unterstützt. (Es sei hier erinnert an ein Treffen mit jungen Sandinisten in Erlangen Anfang der 80er Jahre, die begeistert von ihrem Einsatz bei der Alphabetisierungs-Kampagne berichteten). Der Erfolg war groß: Der Analphabetismus sank innerhalb weniger Jahre von 50% auf 12%. Die Sandinisten bauten eine Mischwirtschaft auf, sie wollten keinen Staatssozialismus nach sowjetischem Muster.

Aber: Die Sandinistische Revolution durfte aus der Sicht der USA und der US-Konzerne – in dem als Hinterhof der USA betrachteten Land – auf keinen Fall erfolgreich sein. Die US-Administration unter dem vor Kurzen so gefeierten Präsidenten Reagan bekämpfte all diese Bemühungen der Sandinisten von Anfang an erbittert und mit aller Macht: Wirtschaftsboykott und -blockade, Verminung der Häfen und Küsten und schließlich Ausbildung und Finan-

Fortsetzung auf Seite 3

September

4	20.00	Adi Albrecht	Distrikt Frauenaarach: Sommerfest	S.9
9	20.00	AWO Ost Drausnickstr. 82	Distrikt Ost	S. 10
14	20.00	Schützenhaus	Distrikt Eltersdorf	S. 9
14	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe S. 10	
15	11.00	Wied	Distrikt Tennenlohe: Frühschoppen S. 11	
15	20.00	Mohrenkopf	AK Wirtschaft und Sozialp.	S. 12
15	20.00	Frauzentrum	AsF: Hartz IV	S. 13
16	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	S.4
21	20.00		Distrikt Frauenaarach: ÖPNV	S.9
21	20.00	Mohrenkopf	Distrikt Innenstadt	S. 10
21	20.00	Zur Einkehr	Distrikt West	S. 11
23	20.00	Turnerbund	Sonder-Kreismitgliederversammlung	S.4
24	20.00	Mohrenkopf	Linkes Forum Erlangen	S. 11
26	10.00	Wied	Distrikt Tennenlohe: Herbstwanderung	S. 10

Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen schöne erholsame Sommerferien, damit wir danach wieder mit viel Tatendrang an der politische Arbeit weitermachen können.

Anmerkung der Redaktion:

Ihr könnt den Monatsspiegel immer schon kurz vor dem Monatsbeginn im Internet unter der Erlanger SPD Homepage lesen.

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe Oktober 2004
21. 9. 2004**

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:
 Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
 Baumschulenweg 11,
 91058 Erlangen
 Tel.:09131303090
 e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

750 Stück

zierung von Söldnern (berüchtigt geworden als „Contras“), die Ernten vernichteten, zahllose Menschen bedrohten, verschleppten, folterten und ermordeten. (Wer erinnert sich? Eine junge Münchner Lehrerin berichtete auf einer KMV in den 80er Jahren über ihre Verschleppung durch die Contras, als sie mit einer deutschen Jugendbrigade Solidaritätsarbeit bei der Kaffee-Ernte in Nicaragua leistete). Die Sandinisten wurden in einen kräfteverzehrenden Krieg gezwungen, der zu viele Menschenleben forderte und Ressourcen verschlang, die dann beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes fehlten und der Bevölkerung neue Opfer auferlegte. Hinzukamen zunehmend Versagen und Fehler der sandinistischen Regierung. Es kam, wie es kommen musste: Bei der Wahl 1990 erlitt die FSLN eine schwere Niederlage gegen die von USA mit Millionendollarbeträgen gesponserte Opposition U.N.O. mit Violetta Chamorro.

Seither wachsen Armut und Arbeitslosigkeit (heute bis zu 80%), Kindersterblichkeit und Analphabetismus, der mittlerweile wieder auf 30% angestiegen ist. Die Gesundheitsversorgung liegt am Boden – die meisten können sich Medikamente nicht mehr leisten, die (Jugend) Kriminalität wächst.

Geblichen von der Revolution vor 25 Jahren und der großen Vision der Sandinisten sind Demokratie und bürgerliche Freiheiten, nicht aber die Freiheit von Not. Nicaragua ist heute wieder nach Haiti das zweitärmste Land Lateinamerikas; nach dem UN-Entwicklungs-Index sank es vom 85. (1990) auf den 126.Rang (1999) ab.

Umso mehr braucht dieses arme Land unsere solidarische Unterstützung. Erlangens Städtepartnerschaft mit San Carlos bietet konkrete Möglichkeiten dazu. Lassen wir nicht zu, dass die CSU-Mehrheit im Rathaus ausgerechnet diese Partnerschaft weiterhin zu einer vergessenen und verleugneten Partnerschaft verkommen lässt!

Rosi Pfister

ehem. Nicaragua-Komitee Erlangen, Mitglied des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaft Nürnberg-San Carlos


Noch ein Literatur-Hinweis:

Gioconda Belli „Verteidigung des Glücks“, die großartige, faszinierende Autobiographie der nicaraguanischen Dichterin und FSLN-Revolutionärin.



Neuer Preisrekord für Kaffee

Achtundzwanzig Einkäufer aus zehn verschiedenen Ländern nahmen an der elektronischen Versteigerung anlässlich des „Cup of Excellence-Wettbewerbs“ teil, bei dem Nicaraguas bester Kaffee zum Rekordpreis von 1 250 Dollar pro Zentner gekauft wurde. Nach nur vier Stunden Versteigerung verkaufte Daniel Canales, Farmer einer kleinen Kaffee-Farm in Pueblo Nuevo, Estelí, seine 3000 Pound (1 pound = 454 gr.) an Stumpton Coffee Roasters Intelligentsia für nicht weniger als 37 500 Dollar. Der Koordinator des Wettbewerbs, Erwin Mierish, bestätigte, dass der bisherige Rekord vor zwei Jahren während der ersten elektronischen Auktion mit 1 175 Dollar pro Zentner erzielt worden ist. Der zweite Preis dieses Jahres wurde für die Ernte von David Izaguirres aus San Juan de Rio Coco, Madriz, vergeben. Die japanische Gesellschaft Maruyana Coffee, Teil der Mikatajuku-Gruppe, kaufte diesen Kaffee für 795 Dollar.

Fläche 120.254 km ²	1979 Sieg der sandinistischen Revolution. Die Somoza-Familiendiktatur bricht zusammen
Einwohner 5,2 Mio.	1982 Von den USA unterstützte rechtsgerichtete Contra-Rebellen beginnen von Honduras aus mit Überfällen. Bis 1990 fordert der Contra-Krieg 50.000 Todesopfer
BIP/Kopf (2001) unter 750 USD (Österreich 23.940 USD)	1984 Wahlsieg der Sandinisten. Ihr Führer Daniel Ortega wird Präsident. USA verschärfen Handelssanktionen
	1988 USA setzen Militärhilfe an Contras aus
	1990 Wahlniederlage der Sandinisten. Violeta Barrios de Chamorro wird Präsidentin
	1996 Der rechtsgerichtete Arnaldo Aleman wird Präsident. Serie von Korruptionsskandalen
	2002 Alemans Stellvertreter Enrique Bolanos wird Präsident

In diesem Monat	
Kreismitgliederversammlung	4
Satzungsänderungen	5
Aus den Distrikten	9
Aus den Arbeitskreisen	11
Aus den Arbeitsgemeinschaften	13
Geburtstage	14
Eine andere Sicht der Dinge	15
Programmdebatte	16
Dieter Haack - neuer Ehrenbürger	17
Forstreform	18

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

Sonder-KMV !!!

auf Beschluss der Kreisvorstandssitzung am 05. Juli 04
laden wir Euch herzlich ein zu einer außerordentlichen

Kreismitgliederversammlung im September
**am Donnerstag, 16. September 2004,
20.00 Uhr,**
Turnerbund, Spardorfer Str. 79

Wir schlagen Euch als Tagesordnung vor:

1. EU-Verfassung
2. Beteiligung des Kreisverbandes Erlangen am Erlanger Friedensbündnis
3. Aktuelles/Verschiedenes

unsere nächste reguläre Kreismitgliederversammlung findet statt am

**Donnerstag, den 23. September 2004,
20.00 Uhr,**
Turnerbund, Spardorfer Str. 68

Wir schlagen Euch als Tagesordnung vor:

1. Aktuelles
2. Projekt „Soziale Stadt“: Sanierung der Erlanger Innenstadt mit Annette Willmann-Hohmann, Leiterin des Stadtplanungsamtes
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Satzungsänderungen

Antrag des Kreisvorstands an die Kreismitgliederversammlung am 21.10.2004

Liebe Genossinnen und Genossen, auf einer Sonder-Kreismitgliederversammlung ist am 29.04. das Modell für eine Parteireform in Erlangen beschlossen worden. Ein Teil der dort beschlossenen Veränderungen in der Arbeitsstruktur der SPD macht auch Änderungen in der Satzung notwendig. Der Kreisvorstand hat daher die folgenden Satzungsänderungen ausgearbeitet, die auf der Oktober-KMV mit der vorgeschriebenen Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet werden sollen. Zu den einzelnen Änderungen sind Begründungen in Kursivdruck angefügt. Insgesamt gilt: Die Än-

derungen sehen umfangreicher aus, als sie sind, weil sich Bezugsstellen verändern, müssen aber beispielsweise die kompletten Paragraphen zu Zusammensetzung und Aufgaben von GKV und KV neu beschlossen werden, ob wohl sich nur einzelne Teile tatsächlich ändern.

Bitte beachtet: Da Änderungsanträge zu den vorgelegten Satzungsänderungen noch im Oktober-Monatspiegel erscheinen sollen, hat der Kreisvorstand den **Antragschluss für Änderungsanträge auf den 15.09.** (Eingang im Parteibüro) festgelegt. Bitte achtet darauf, dass sich eure Änderungsanträge auf die konkreten Stellen beziehen (Zeilennummern) und dass sie aus einem satzungsfähigen Text bestehen müssen.

1. Zuständigkeiten der KMV:

§7 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Ergebnisse und Behandlungspunkte jeder Kreismitgliederversammlung sind zu unverzüglich zu protokollieren und im Monatsspiegel zu veröffentlichen.

Begründung: Damit wird der Aufzählungspunkt eins (Wahl der Versammlungsleitung durch den gastgebenden Distrikt) gestrichen, weil die Parteireform die Bedeutung der Versammlungsleitung betont – die daher nicht dauernd wechseln sollte – und weil die Formulierung nahe legt, dass die KMV in unterschiedlichen Distrikten stattfindet; dass Parteireform-Konzept sieht aber ein „Stammlokal“ vor.

§8 Aufzählungspunkt 2 erhält folgende Fassung:

2. Für die Entgegennahme des jährlichen Rechenschaftsberichts des Vorsitzenden, des Gleichstellungsberichts und des Kassenberichts sowie die Entlastung des Vorstandes; die Berichte sind vorher im Monatsspiegel zu veröffentlichen

Begründung: Der Beschluss der KMV zur Parteireform sieht in Punkt 3a) vor, dass Berichte in der Regel schriftlich und nicht mündlich auf der KMV erfolgen; der Aufzählungspunkt 2 in der alten Fassung „[Die Kreismitgliederversammlung ist insbesondere zuständig] Für die Entgegennahme der Berichte und die Beschlussfassung über sie“ muss daher entfallen; da aber Rechenschaftsberichte und die Entlastung des Vorstandes originäre Aufgaben der KMV sind, wird diese Zuständigkeit (die in der alten Fassung eingeschlossen war) stattdessen eingefügt.

§12 Satz 1 erhält folgende Fassung:

Die Mitglieder des Bundestages, des Landtages, des Bezirkstages und der Stadtratsfraktion haben das Recht und die Pflicht, den Mitglieder regelmäßig über den Monatsspiegel von ihre Arbeit zu berichten.

Begründung: Passt ebenfalls eine Berichtsvorschrift an Punkt 3a) des Parteireform-Konzepts an.

2. Zusammensetzung und Aufgaben des KV und des GKV:

§10 erhält folgende Fassung:

§10 Aufgaben und Zusammensetzung des Kreisvorstands

I. Der Kreisvorstand ist zuständig für die politische Leitung und Vertretung des Kreisverbandes. Er ist insbesondere zuständig:

1. für die Entgegennahme von Berichten aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften, aus der Stadtratsfraktion, von Vertreterinnen und Vertretern in Gremien der Partei oder in Initiativen und Vereinen sowie aus den im Kreisverband bestehenden Arbeitskreisen;

2. für die Entgegennahme der Tätigkeitsberichte der ReferentInnen sowie für die Beschlussfassung über die Arbeitsplanung des Kreisverbandes;

3. für die Benennung von Vertreterinnen und Vertretern der Partei in Bündnissen, Initiativen und außerparteilichen Gremien, sofern dies nicht der Kreismitgliederversammlung zusteht;

4. für die Beschlussfassung über den Haushaltsplan der Partei und alle finanziellen Fragen, soweit hierzu nicht durch Beschluss der oder die Vorsitzende oder der geschäftsführenden Vorstand ermächtigt werden;

- 37 5. für die Einleitung von Parteiordnungsverfahren und für die erstinstanzliche Entscheidungen über
38 Wahlanfechtungen in den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften des Kreisverbands;
- 39 6. für die Einstellung und Entlassung der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers des
40 Kreisverbandes.
- 41 Der Kreisvorstand kann Entscheidungen, die nach dieser Satzung der Kreismitgliederversammlung zustehen, in
42 deren Namen vornehmen, wenn aufgrund von Fristen eine Beschlussfassung der Kreismitgliederversammlung
43 nicht mehr möglich ist und auch eine vorherige Befassung mit dem Thema durch die
44 Kreismitgliederversammlung nicht stattgefunden hat oder sich seitdem wesentliche Dinge verändert haben. Der
45 Kreismitgliederversammlung ist von einer solchen Beschlussfassung Bericht zu erstatten.
- 46 II. Der Kreisvorstand wird von der Kreismitgliederversammlung für zwei Jahre gewählt. Ihm gehören an:
- 47 1. der oder die Vorsitzende;
- 48 2. die beiden stellvertretenden Vorsitzenden;
- 49 3. je eine Referentin oder ein Referent
- 50 a) für Distriktsarbeit
- 51 b) für ArbeitnehmerInnenfragen
- 52 c) für Schulung und Arbeitskreise
- 53 d) für den Monatsspiegel
- 54 e) für Kommunalpolitik
- 55 f) für Organisation
- 56 g) für Schriftführung, Dokumentation und Beschlusskontrolle
- 57 h) für Öffentlichkeitsarbeit
- 58 i) für Finanzen;
- 59 4. der oder die Beauftragte für die Belange ausländischer Mitglieder und AusländerInnenpolitik;
- 60 5. der oder die Beauftragte für Friedensarbeit;
- 61 6. je eine Vertreterin und ein Vertreter jedes Distrikts;
- 62 7. zwei Vertreterinnen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und je eine Vertreterin und
63 ein Vertreter aller anderen im Kreisverband gebildeten Arbeitsgemeinschaften;
- 64 8. kraft Amtes
- 65 a) die Geschäftsführerin bzw. der Geschäftsführer des Kreisverbandes
- 66 b) der oder die Ehrenvorsitzende
- 67 c) die oder der Vorsitzende der Stadtratsfraktion
- 68 d) der Altoberbürgermeister
- 69 e) der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin sowie Bürgermeisterinnen und
70 Bürgermeister der Stadt Erlangen, soweit sie der SPD angehören
- 71 f) der oder die Bundestags-, der oder die Landtags- und der oder die
72 Bezirkstagsabgeordneten für den Wahl- bzw. Stimmkreis Erlangen, soweit sie der SPD angehören
73 und Mitglieder des SPD-Kreisverbands Erlangen-Stadt sind; SPD-Abgeordnete für den Wahl- bzw.
74 Stimmkreis Erlangen, die nicht dem Kreisverband angehören, nehmen an den Sitzungen des
75 Kreisvorstandes mit beratender Stimme teil.
- 75 An den Sitzungen des Kreisvorstandes nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin jedes im Kreisverband seit
76 mehr als drei Monaten bestehenden Arbeitskreises mit beratender Stimme teil; die VertreterIn wird auf
77 Vorschlag des jeweiligen Arbeitskreises benannt. Für das Amt der Referentin/des Referenten für Organisation
78 (Satz 2 Nr. 3f) können auf Beschluss der Kreismitgliederversammlung auch zwei Personen gewählt werden.
79 Die Ämter des Referenten/der Referentin für Schriftführung, Dokumentation und Beschlusskontrolle (Satz 2 Nr.
80 3g) und des Referenten/der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit (Satz 2 Nr. 3h) können auch mit der gleichen
81 Person besetzt werden. Für die Mitglieder nach Satz 2 Nrn. 6 und 7 haben die jeweiligen Gliederungen das
82 alleinige Vorschlagsrecht. Der oder die Beauftragte für die Belange ausländischer Mitglieder sollte nach
83 Möglichkeit ein ausländischer Genosse/eine ausländische Genossin sein. Scheidet ein Vorstandsmitglied

- 84 vorzeitig aus, so findet eine Nachwahl statt. Die Amtszeit des nachgewählten Mitglieds endet mit dem Ende
85 der Amtszeit der anderen Vorstandsmitglieder.
- 86 III. Unter den Vorsitzenden nach Abs. 2 Satz 2 Nrn. 1 und 2 muss mindestens eine, unter den Mitgliedern nach
87 Abs. 2 Satz 2 Nrn. 2 mit 5 müssen mindestens sechs Frauen sein. Dem gesamten Vorstand müssen zu
88 mindestens 40% Frauen angehören.
- 89 IV. Der/die Vorsitzende wird bei Verhinderung durch seine/ihre Stellvertreterin oder durch seinen/ihren
90 Stellvertreter vertreten.
- 91 V. Der Kreisvorstand tritt in Zeitabständen von längstens 2 Monaten zusammen. Die Termine beschließt der
92 geschäftsführende Vorstand. Auf Antrag von mindestens 10 Vorstandsmitgliedern oder 3 Distrikten und
93 Arbeitsgemeinschaften ist eine außerordentliche Sitzung des Kreisvorstandes einzuberufen.
- 94 VI. Der Kreisvorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Er ist beschlussfähig,
95 wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder nach Abs. 2 Satz 2 Nrn. 1 bis 9a) anwesend sind. Die Ladung
96 zu Sitzungen muss den Mitgliedern mindestens drei Werktage vorher zugestellt worden sein; dies kann auch
97 in elektronischer Form geschehen.
- 98 VII. Die Referentinnen und Referenten arbeiten im Rahmen ihrer Zuständigkeit und der Vorgaben des
99 Kreisvorstands selbstständig. Über die Abgrenzung der Zuständigkeit entscheidet im Streitfall der Kreisvorstand.
100 Die Referentinnen und Referenten erstatten über ihre Tätigkeit regelmäßig dem Kreisvorstand sowie einmal
101 jährlich über den Monatsspiegel den Mitgliedern Bericht.
- 102 VIII. Der Kreisvorstand kann für Einzelfragen Kommissionen oder Vorstandsbeauftragte einsetzen.
- 103 IX. An den Sitzungen des Kreisvorstandes können grundsätzlich alle Mitglieder des Kreisverbandes sowie der
104 SPD- Stadtratsfraktion (Parteiöffentlichkeit) teilnehmen. Der Kreisvorstand kann die Teilnahme durch Beschluss
105 von 2/3 seiner anwesenden Mitglieder auf die ordentlichen und beratenden Mitglieder beschränken. Er muss
106 dies tun bei Beratungen über das Arbeitsverhältnis des oder der GeschäftsführerIn oder bei Einleitung von
107 Parteiordnungsverfahren.
- 108 X. Zur Verleihung der August-Bebel-Uhr wird durch Beschluss des Kreisvorstands ein Kuratorium gebildet,
109 dem der oder die Vorsitzende, die Mitglieder des Kreisvorstandes nach Abs. 2 Satz 2 Nummern 8b) mit 8f) und
110 je eine Vertreterin und ein Vertreter der im Kreisverband bestehenden Arbeitsgemeinschaften angehören. Zur
111 Sicherstellung der Quotierung kann der Kreisvorstand weitere Mitglieder in das Kuratorium berufen. Im
112 Oktober jeden Jahres mit gerader Jahreszahl gibt das Kuratorium seine Entscheidung zur Verleihung der
113 August-Bebel-Uhr bekannt. Der Kreisvorstand kann diese Entscheidung mit Mehrheit von zwei Dritteln seiner
114 Mitglieder aufheben.
- 115 §11 erhält folgende Fassung:
- 116 §11 Aufgaben und Zusammensetzung des geschäftsführenden Kreisvorstands
- 117 I. Der oder die Vorsitzende, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Referentinnen und Referenten
118 für Organisation, für Schriftführung, Dokumentation und Beschlusskontrolle, für den Monatsspiegel, für
119 Öffentlichkeitsarbeit sowie für Finanzen bilden den geschäftsführenden Vorstand.
- 120 II. Der geschäftsführende Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Kreisverbandes nach den
121 Vorgaben der Kreismitgliederversammlung und des Kreisvorstands. Er ist insbesondere zuständig:
- 122 1. Für die Einberufung und Vorbereitung der Kreismitgliederversammlung, die Festsetzung der
123 Themen und der vorläufigen Tagesordnung, sofern die Kreismitgliederversammlung darüber selbst
124 keine Vorgaben getroffen hat;
- 125 2. Für die Einberufung der Sitzungen des Kreisvorstandes und die Festsetzung der
126 Tagesordnung, sofern der Kreisvorstand darüber keine Vorgaben gefasst hat;
- 127 3. für die Vorbereitung von Veranstaltungen des Kreisverbandes;
- 128 4. für ihm von der Kreismitgliederversammlung oder vom Kreisvorstand übertragene Aufgaben;
- 129 5. für die Ausführung der Beschlüsse der Kreismitgliederversammlung und des Kreisvorstands.
- 130 Der geschäftsführende Kreisvorstand kann an Stelle des Kreisvorstands handeln, wenn die zu besorgende
131 Aufgaben dringlich sind und eine Entscheidung des Kreisvorstands nicht getroffen werden kann. Der
132 Kreisvorstand ist in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.
- 133 III. Der geschäftsführende Kreisvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner
134 Mitglieder anwesend ist; Beschlüsse können auch im Umlaufverfahren gefasst werden. Der
135 geschäftsführende Kreisvorstand tagt nicht öffentlich. Er kann nach Zweckmäßigkeit Personen zur
136 Teilnahme an seinen Sitzungen einladen.

137 Begründung: Die Änderungen passen Aufgaben und Zusammensetzung des Kreisvorstand und des GKV an die Beschlüsse
138 zur Parteireform an. Das Amt des Referenten/der Referentin für Kommunalpolitik (Fraktion) fällt weg, die Referate für
138 Schriftführung und Beschlusskontrolle sowie für Öffentlichkeitsarbeit können mit der gleichen Person besetzt werden, für
139 das Amt des Organisationsreferenten/der Organisationsreferentin können künftig zwei Personen gewählt werden. Dem
140 GKV gehören nur noch die Vorsitzenden und die ReferentInnen für Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit, Schriftführung,
141 Organisation sowie für den Monatsspiegel an. Das Amt des/der Beauftragten für SeniorInnenarbeit kann entfallen, weil
142 inzwischen eine AG 60plus besteht. Die bisherigen §§ 10(Zusammensetzung von KV und GKV) und 11 (Aufgaben des KV)
143 werden umgegliedert in einen §10, der Aufgaben und Zusammensetzung des KV regelt, und einen §11, der Aufgaben und
144 Zusammensetzung des GKV festlegt. Damit wird auch die Übersichtlichkeit der Satzung verbessert. Außerdem ist in §10
145 neu die Amtszeit des KV (2 Jahre) und die Parteiöffentlichkeit der Sitzungen geregelt, die in der alten Satzung nicht
146 festgelegt waren.

147 3. Finanzaufteilung zwischen Kreisverband und Distrikten

148 §14 Absatz 1 erhält folgende Fassung

149 I. Die Finanzhoheit liegt beim Kreisverband. Die Arbeitsgemeinschaften haben einen Anspruch auf
150 angemessene Finanzierung ihrer laufenden Tätigkeit und ihrer Veranstaltungen. Die Distrikte erhalten zur
151 Finanzierung ihrer laufenden Tätigkeit einen Anteil von 4 v.H. der von ihren Mitgliedern gezahlten Beiträge;
152 der Anteil kann durch Beschluss des Kreisvorstandes mit Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden
153 Mitglieder verändert werden. Die Vorsitzenden und Finanzverantwortlichen der Distrikte sind zwei Monate
154 vor der Abstimmung über die beabsichtigte Änderung des Beitragsanteils zu informieren.

155 Begründung: Im Jahr 2003 hat es eine Auseinandersetzung um die Finanzaufteilung zwischen Kreisverband und Distrikten
156 gegeben, die durch einen Kreisvorstands-Beschluss in der oben genannten Fassung beendet wurde. Im Zuge der sowieso
157 erfolgenden Satzungsänderungen soll dieser Beschluss nun Satzungsrang erhalten. Danach kann der den Distrikten
158 zustehende Beitragsanteil durch Beschluss des Kreisvorstands mit Zwei-Drittel-Mehrheit verändert werden.

159 4. Inkrafttreten

160 An §15 Satz 2 wird angefügt:

161 am 21.10.2004 mit sofortiger Wirkung der Änderungen in §§ 3, 8, 12 und 14 und mit Inkrafttreten der
162 Änderungen in §§10 und 11 mit der nächsten vollständigen Neuwahl des Kreisvorstandes.

163 Begründung: Grundsätzlich sollten die Satzungsänderungen natürlich ab sofort wirken. Da aber nach den Änderungen der
164 Zusammensetzung von Kreisvorstand und GKV Neuwahlen notwendig werden, wird deren Inkrafttreten bis zur nächsten
165 regulären Neuwahl (Februar oder März 2005) verschoben.

Köpfe

Karl Ziegenthaler wurde zum Vorsitzenden des Landesverbandes verfolger Sozialdemokraten gewählt.

Birgit Hartwig wurde zur stellvertretende Vorsitzende im AsF Bezirksvorstand gewählt.

Christopher Zwanzig, wurde wieder mit großer Mehrheit als stellvertretender Vorsitzender des SPD Bezirks Franken gewählt.

Wir gratulieren und wünschen ihnen erfolgreiche Arbeit.

In Kürze

Der Kreisverband hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die das

30. Bergfest im Jahr 2005

vorbereitet. Wer Interesse hat mitzuarbeiten, möge sich bitte im Parteibüro melden.

Der in der Juni- Ausgabe des Montsspiegel abgedruckt **Antrag der AsF zur Pflegeversicherung** wurde in der KVM am 1.7. bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

Der in der Juni- Ausgabe des Montsspiegel abgedruckt **Antrag der AsF 'Sozialversicherungsbeiträge kinderloser Personen'** wurde in der KVM am 1.7. bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

915 Mio. EURO für neues JUGEND Programm

Lissy Gröner MdEPzum Vorschlag der Europäischen Kommission über das neue Programm JUGEND in AKTION

„Für die Jugendarbeit in Europa soll deutlich mehr Geld in die Hand genommen werden. Damit kommt die EU-Kommission dem Wunsch des Europäischen Parlamentes nach“ - erklärt Lissy GRÖNER, SPD-MdEP und Berichterstatterin zum Weißbuch über die Jugendpolitik. Die Europäische Kommission hat den neuen Vorschlag über das Programm „JUGEND in AKTION“ vorgelegt. Es ist geplant, dass sich das Budget des Programms auf 915 Mio. Euro für den Zeitraum 2007-2013 belaufen soll.

Die Ziele des neuen Programms sind, die aktive Bürgerschaft junger Menschen zu fördern und Solidarität der Jugendlichen zu entwickeln

Bruck



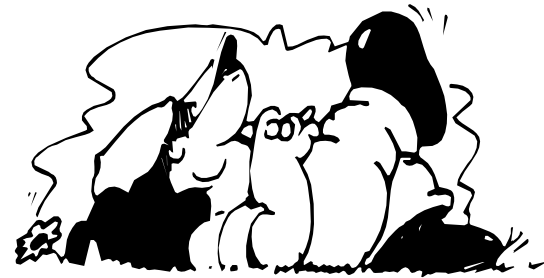
Vorsitzender:
Norbert Fischer

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere nächste Distriktsitzung ist am
**Dienstag, den 5. Oktober
um 20 Uhr
in der Vereinsgaststätte
des FSV**

Tagesordnung wird im nächsten Mo-
natsspiegel bekanntgegeben.

Für den Vorstand
Wolfgang Peter



Wir wünschen allen Genossinnen und
Genossen einen schönen Sommerur-
laub.

Eltersdorf



Vorsitzender:
Manfred Jelden Tel: 601333

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unser nächstes Distrikttreffen ist am
**Dienstag, den 14. Sep-
tember
um 20 Uhr
im Schützenhaus Elters-
dorf**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Frauenaurach



Vorsitzender:
Thomas Hein

Abends nur noch außen herum? Die-
ses Thema werden wir in unserer Di-
striktversammlung im September ver-
tiefen.

- **Vodafone-Mast** in Kriegen-
brunn: Gibt es doch noch eine Lösung
auf einem der e.on-Strommasten?
- **Jugendclub Arche-Noah:** Er ist
zur Zeit geschlossen, soll aber dem-
nächst Freitags wieder aufgemacht
werden. Ein Streetworker wird zu den
Öffnungszeiten anwesend sein und
die Polizei am Ende der Öffnungszeit.
- **Skater-Bahn:** Wir sehen die
Notwendigkeit, aber leider ist jeder
vorgeschlagene Standort nicht durch-
setzbar. Die Jugendlichen behelfen
sich dadurch, dass sie auf der Gosten-
hofer Straße Rampen aufbauen und
leider auch in der Dämmerung mit
nicht reflektierender Kleidung fahren.
Hoffentlich passiert nichts.

Termine

**4.9. ab 16.00 Uhr
Sommerfest Frauenaurach
im Garten von Adi**

**21.9. Distriktversammlung
zum Thema ÖPNV (Ort
wird noch bekanntgege-
ben)**

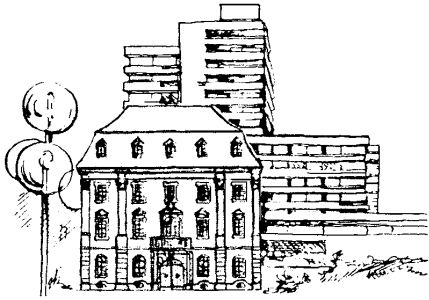
- 12.10. Distriktversammlung
- 30.11. Distriktversammlung
- 10.12. Karpfenessen

Protokollführung
Gabi Dorn-Dohmstreich

Protokoll der Distriktversammlung Frauenaurach vom 13.7.04

Folgende Themen wurden diskutiert
und müssen weiter bearbeitet werden:

- **ÖPNV und geplante Kür-
zungsvorschläge:** Soll nur noch je-
der zweite. Bus des 201 in Neuses hal-
ten? Wie soll die Linienführung der
Busse durch Kriegenbrunn erfolgen?



Vorsitzende:

Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Innenstadt

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Treffen findet statt am

**Dienstag, 21. September
20.00 Uhr
Nebenzimmer der Gast-
stätte Mohrenkopf Schiff-
straße**

Themen des Abends:

- ⇒ **Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt – Aktivitäten des Distrikts**
- ⇒ **Thema: Demographischer Wandel und Zukunft des Sozialstaats**

Für den Vorstand

Barbara Pfister
T. 50 24 81



Ost

Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531
e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de
stellvertretende Vorsitzende:
Monika Wendler Tel.: 401737
e-mail: moni.wendler@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung

**am Donnerstag, den
09.09.2004,
20 Uhr, in der AWO Ost,
Drausnickstr. 82**

Jochen Kraft

Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unse-
rer nächsten Distriktversammlung
**am Dienstag, 14.09.04,
Schlossgaststätte,
20.00 Uhr**

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte, Nachlese Kerwa
3. Thema: wird erst noch festge-
legt
4. Verschiedenes

Bitte folgenden Termin beachten:
**Grillparty am Bach 31.07.
Herbstwanderung am
26.09. Treffpunkt: 10.00
Uhr Wied**

Herzliche Einladung an alle Genossin-
nen und Genossen, sowie Sympathi-
santinnen und Sympathisanten
zur

Tennenloher Kerwa

Freitag, 13.08., 17.00 Uhr:
Bieranstich in der Wied mit
Robert,
18.00 Uhr Bieranstich im Zelt
mit Gisela;



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Sonntag, 15.08. 10.00 Uhr
Frühschoppen (Wied oder Zelt)

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Bericht von der Distriktversammlung vom 13.7.2004

Europäische Verfassung

Die Europäische Verfassung wird in Auszügen vorgestellt und diskutiert. Ziel und Inhalt der Verfassung werden von den Anwesenden weitgehend positiv beurteilt. Der militärische Aspekt und die Aufforderung zur gemeinsamen Rüstung wird unter dem

Aspekt einer wehrhaften Demokratie und eines starken europäischen Gegengewicht zur USA als notwendig erachtet, zumal damit auch die Fähigkeit zu UN-Friedensmissionen gestärkt wird.

Ortsbeirat

Nächste Sitzung: 14.7.04; Themen: Erweiterung des SV-Sportplatz, Situation im Ladenzentrum, Neuralgische Verkehrspunkte,

Berichte aus der KV

Gertrud gibt einen kurzen Bericht von der letzten KV.

Schaukasten

Der Schaukasten wurde geliefert, der Antrag auf Zuschuss ist gestellt. Die Anlage soll am 24. errichtet werden.

Spielplatzfest

Die letzten Vorbereitungen zum Spielplatzfest am 17. Juli wurden abgesprochen. Motto für das Fest: „Gestalten und Werken mit Holz“. Außerdem wird ein Barfußweg vorbereitet. Wir hoffen auf gutes Wetter und viele Gäste.

Tennenloher Bote

Der nächste Bote soll rechtzeitig vor der Tennenloher Kerwa herausgegeben werden.

Hans Hauer

(in Vertretung des Schriftführers)

West



Vorsitzender:
Gerd Peters Tel.: 44366
e-mail: gerd@peters.franken.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung am

**Dienstag, 21.09.04 um
20.00 Uhr im Gasthaus
"Zur Einkehr", Büchenbach
Dorfstraße.**

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte
3. Verschiedenes

Für den Vorstand
Lena Zoglauer

**Linkes Forum
Erlangen**

Liebe Genossinnen und Genossen,
als eines der Argumente für die Politik des Sozialabbaus in Bund, Land und auch hier in der Stadt wird immer wieder die Globalisierung und die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen genannt. Dabei wird selten näher erläutert, was damit konkret gemeint ist. Wir laden euch daher zum nächsten Treffen des Linken Forum Erlangen, am

**Freitag den 24. 09.
um 20 Uhr im Mohrenkopf,
Nebenzimmer (Schiff-
straße) ein.**

Thema: „Globalisierung als Realität oder Ideologie?“

Impulsreferat von Helmut Pfister anschließend Diskussion.

mit solidarischen Grüßen

Hildegard Gröger

Florian Janik

PS: Das Diskussionspapier könnt ihr vorab erhalten. (Mail

Florian.Janik@gmx.de, Tel. 59099)



Projektgruppe Wirtschafts- und Sozialpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen,
nach der Sommerpause treffen wir uns wieder am

**Mittwoch den 15. 09 um
20 Uhr im Mohrenkopf,
Nebenzimmer (Schiff-
straße).**

**Thema: Demographischer Wandel
- Mythos oder Realität?**

**Referenten: Gerd Peters, Florian
Janik**

Das Diskussionspapier wird vorher per Mail zugeleitet. Neue InteressentInnen können sich melden (Mail Florian.Janik@gmx.de, Tel. 59099), wenn sie das Papier vorab haben möchten.

mit solidarischen Grüßen

Florian Janik

Referent für Schulung und Arbeitskreise

Bernhard Rapkay: José Manuel Barroso hat die deutschen Sozialdemokraten nicht überzeugt

„José Manuel Barroso hat zwar eine Mehrheit der Europaabgeordneten für seine Bestätigung als Kommissionspräsident gewonnen, aber bei weitem nicht alle überzeugt“, bewertet der Vorsitzende der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Bernhard Rapkay das Ergebnis der Wahl Barrosos. „Vor allem uns deutsche Sozialdemokraten konnte Herr Barroso mit seiner Kandidatur und seinem Programm nicht abschließend überzeugen.“

„Wir haben ihn klar abgelehnt. Die Gründe dafür lassen sich in vier Hauptkritikpunkte zusammenfassen:

1. enthielten seine Visionen über das Wirtschaftswachstum keine Lösungen der sozialen Probleme in Europa. Er ist in Portugal bisher vor allem als Neo-Liberaler in Erscheinung getreten.

2. wurde in seinen Ausführungen nicht deutlich, wie er sich als zukünftiger Kommissionspräsident gegenüber dem Mi-

nisterrat positionieren will. Wird er im Verhältnis zu den Staats- und Regierungschefs ein starker und selbstbewusster Förderer des europäischen Gedankens oder nicht? Da hat er keine klare Antworten gegeben.

3. war Barroso der Kandidat des Rates. Dies richtet sich nicht gegen ihn persönlich, sondern gegen das Verfahren. Er verkörpert aber dieses undemokratische und intransparente Verfahren.

4. das größte Problem, das wir deutsche Sozialdemokraten mit ihm haben, war seine Rolle, die er als portugiesischer Ministerpräsident im Vorfeld des Irak-Krieges als Organisator des „Azoren-Gipfels“ gespielt hat. Hätte er sich in seiner heutigen Bewertung von seiner damaligen Position eindeutiger di-

stanziert, hätten wir weniger Probleme gehabt in zu unterstützen“, so Bernhard Rapkay.

„Wir werden ihn natürlich als Europa-parlamentarier in seiner Arbeit als Kommissionspräsidenten konstruktiv begleiten, aber gleichzeitig werden wir ein wachsames Auge darauf haben, dass er unsere Forderungen für ein soziales Europa in seiner täglichen Arbeit auch berücksichtigt. Ansonsten dürfte es für ihn schwer werden für seine Initiativen stabile Mehrheiten im Europäischen Parlament zu gewinnen“, so das abschließende Urteil von Bernhard Rapkay. Mit breiter Mehrheit stimmte die SPE-Fraktion gegen den ehemaligen portugiesischen Premierminister. Lediglich eine Minderheit sprach sich für ihn aus.

Anzeige



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

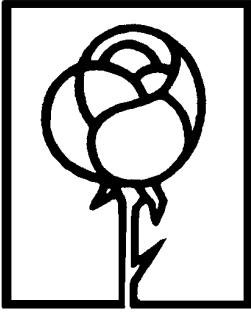
Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

ASF



Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114

Birgit Hartwig Tel.: 55939

Hildegard Gröger Tel.: 502415

Julie Mildnerberger Tel.: 23435

Einladung

Liebe Genossinnen,

die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) veranstaltet am

15.09.04 um 20.00 Uhr im Frauenzentrum, Gerberei 4 in Erlangen

einen Vortrag mit Diskussion zum Thema

„Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen“

Frau Bürgermeisterin und Sozialreferentin Dr. Elisabeth Preuß wird über die Auswirkungen für Frauen in Erlangen berichten.

Hiermit möchten wir Euch ganz herzlich dazu einladen.

Birgit Hartwig

Für den Vorstand



Liebe Stadträtinnen, liebe Genossinnen,

nach langer Zeit möchte die AsF die Frauen der Stadtratsfraktion wieder einmal zu einem Austausch bei einem **sonntäglichen Brunch** einladen.

**Am Sonntag, den 10.10.04
11.00 bis ca. 13.30 Uhr im Frauenzentrum, Gerberei 4,**

möchten wir euch mit kleinen Leckereien verwöhnen und mit Euch über Themen wie z.B. die Haushaltsverhandlungen, die Aufgabenkritik, Gender-Mainstreaming oder aber auch über Eure Situation als Frauen im Erlanger Stadtrat sprechen.

Vielleicht habt Ihr ja trotz eines „heiligen“ Sonntages Lust dazu.

Wir würden uns sehr über Euren Besuch freuen.

Bitte gebt uns doch baldmöglichst eine Rückmeldung darüber ob oder aber auch ob Ihr nicht kommen könnt.

Mit guten Grüßen

Für den Vorstand

Birgit Hartwig

Protokoll der AsF-Sitzung vom 7.7.04

1. Aktuelles

Aufgabenkritik: Barbara Pfister berichtet vom aktuellen Stand der „Aufgabenkritik“ in der Stadt Erlangen und verspricht, dass die SPD-Fraktion diesen Prozess auch weiterhin konstruktiv kritisch begleiten wird.

ÖPNV - Kürzungen bei gleichzeitiger Anhebung der Preise: Wir sprechen uns gegen ein Großstadtniveau der Preise bei gleichzeitigem Kleinstadtniveau des Angebotes aus.

Antrag „Kinderlose“: Neuformulierung als Initiativantrag, der sich explizit auf den Bundesregierungsbeschluss bezieht. (einstimmig).

2. EU-Verfassung (Referentin: Dagmar Paliwal)

Dagmar Paliwal informiert uns über die Historie und den aktuell Stand der EU-Verfassung.

Sie ist in 4 Teile gegliedert:

Teil 1: Definiert die europäischen Union (gemeinsame Werte)

Teil 2: Charta der Grundrechte: Aufstellung eines verbindlichen, eigenen Rechtskatalog

Teil 3: Politikbereiche und Maßnahmen

Teil 4: Allgemeine und Schlussbestimmungen (auch Austritt wird geregelt): Sicherung der rechtlichen Kontinuität

Sie wird in 21 Sprachen veröffentlicht und ab Oktober 2004 ratifiziert, teilweise durch Volksabstimmung Sie soll am 1. Nov 2006 in Kraft treten.

3. Termine

15.9. AsF-Sitzung: Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen (im Frauenzentrum, deshalb nur für Frauen)

6.10. AsF-Sitzung: Diskussion an Hand eines Filmes über das Fremdsein im August-Bebel-Haus

10.10. 11.00 Uhr Brunch mit Stadträtinnen im Frauenzentrum

10.11. AsF-Sitzung: Genmanipulation

1.12. AsF-Sitzung

17.12. AsF-Weihnachtsfeier

Für das Protokoll

Gabi Dorn-Dohmstreich

Wir gratulieren zum Geburtstag:

August 2004



Wir möchten allen, die im August und September ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

- 03.08. Fritz Hollaender
82 Jahre
- 04.08. Andreas Hahn
78 Jahre
- 05.08. Hans Buerhop
65 Jahre
- 07.08. Marga Mittag
73 Jahre
- 07.08. Waltraud Zemann
60 Jahre
- 09.08. Helmut Aichele
65 Jahre
- 20.08. Heinrich Grau
77 Jahre
- 21.08. Erhard Königsreuther
77 Jahre
- 22.08. Ruth Wissmann
60 Jahre
- 31.08. Hans Frisch
85 Jahre

September:

- 04.09. Martin Strickroth
74 Jahre
- 14.09. Kurt Steinmüller
70 Jahre
- 18.09. Axel Röhrborn
65 Jahre
- 20.09. Anneliese Weinicke
85 Jahre
- 24.09. Karlheinz Eger
71 Jahre
- 25.09. Georg Kugler
60 Jahre
- 26.09. Wolfram Gerold
60 Jahre
- 27.09. Johann Zenkel
74 Jahre
- 29.09. Alfred Sechser
73 Jahre

will ich: www.sparkasse-erlangen.de

175 Jahre Sparkasse Erlangen - psssst - das sechste Dankeschön-Angebot ist ein Knüller. Darum erst selber holen und dann weitersagen! Jubeln Sie mit. Sichern Sie sich Ihre "Reise"-MasterCard Gold, solange der Vorrat reicht!

* 1.750 x MasterCard Gold zum Jubelpreis von 17,50 € im ersten Jahr für alle MasterCard Gold-Neukunden, inkl. Reise-Rücktrittskosten-Versicherung, Kfz-Schuttbrief für In- und Ausland, Reiseservice, Auslandsreise-Krankenversicherung und den exklusiven Erlebniswelten.

Eine von rund 1.000 MitarbeiterInnen und Mitarbeitern sagt Dankeschön: Cornelia Schmitt, Kundenberaterin der Geschäftsstelle Bubenreuth, Neue Straße

Dankeschön!
MasterCard Gold
 zum Jubelpreis
 statt 65,00 €
17,50 €
 mit vollem Leistungsumfang*

175 Jahre *Dankeschön!*
SPARKASSE ERLANGEN

Werner Schieder MdL

17.07.04

Weiden

Presseerklärung

des SPD-Landtagsabgeordneten Werner Schieder (u. a. Mitglied im Haushaltsausschuss und stv. Vorsitzender des SPD-Bezirks Oberpfalz) zu den Veröffentlichungen der vergangenen Woche über die lauter werdenden Forderungen nach längeren Arbeitszeiten oder mehr „Flexibilität“:

Eine andere Sicht der Dinge

Was wurde in den letzten zehn Jahren nicht schon alles ausprobiert, weil es angeblich Arbeitsplätze schafft: die Steuern für die Unternehmen wurden massiv gesenkt, der Staat spart und kürzt, mit Sozial- und Arbeitsmarktreformen wird tief in „Besitzstände“ eingeschnitten. Aber die versprochenen Arbeitsplätze kommen nicht. Deshalb rollt jetzt eine neue neoliberale Welle über unser Land: alle wollen den Standort Deutschland retten durch unbezahlte Mehrarbeit oder gleich durch kalte Lohnsenkung. Die Parole „länger arbeiten“ oder mindestens „mehr Flexibilität in den Tarifverträgen“ wird von deutschen Wirtschaftsführern und Politikern aller Couleur wie eine Monstranz durch die Gegend getragen. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, dass die Tarifverträge ja schon „so flexibel“ seien – was ja stimmt, denn die Flächentarifverträge stehen vielfach nur noch auf dem Papier. Ausgerechnet ein sozialdemokratischer Bundeskanzler fordert, „die Dinge in den Betrieben zu regeln“ statt in Flächentarifverträgen, wohl wissend, dass die Belegschaften auf dieser Ebene jeder Erpressung fast hilflos ausgeliefert sind. So wird der Weg zur Lohnsenkung eröffnet – und das ist auch gewollt. Das ist die deutsche Debatte.

Gleichzeitig war diese Woche zu lesen, dass der konservative (!) französische Präsident sein Land mit Blick auf Deutschland davor warnt, sich auf eine Abwärtspiste ziehen zu lassen, die 35-Stunden-Woche solle in Frankreich nicht in Frage gestellt werden. Außerdem forderte Chirac in seiner Rede zum Nationalfeiertag (14./7.) die Entmachtung der Europäischen Zentralbank, plädiert Frankreich für eine

Revision der unsinnigen Drei-Prozent-Maastricht-Marke, ist in Frankreich der Zuwachs bei den Löhnen und den Staatsausgaben und damit die Binnenanfrage höher. Letzteres gilt für England und die Vereinigten Staaten noch mehr. Das ist die Debatte im Ausland. All die genannten Länder sind beim Wirtschaftswachstum besser als Deutschland, treten für eine vernünftige makroökonomische Politik ein oder praktizieren sie, aber in Deutschland wird das alles ignoriert und deshalb sind wir auf der „Abwärtspiste“.

In Deutschland grassiert wie nirgends sonst die neoliberale Seuche. Wer heute sagt, in anderen Ländern würde länger gearbeitet oder die Löhne seien dort niedriger und deswegen müssten die Löhne in Deutschland sinken (auch auf die „elegante Art“ der unbezahlten Mehrarbeit), ist ein Scharlatan oder ein reiner Interessenvertreter. Seit bald zwanzig Jahren liegen die Lohnsteigerungen einschließlich Arbeitszeitverkürzungen hinter dem Anstieg der Produktivität, in den letzten acht Jahren ist der Abstand besonders deutlich – wie man jeder seriösen Statistik entnehmen kann. Mit anderen Worten: die Arbeitnehmerschaft leistet seit Jahren Verzicht, aber die mit dem Verzicht versprochene Arbeitsplatzdividende steht immer noch aus; die Bescheidenheit der Arbeitnehmer und die Zurückhaltung der in die Enge getriebenen Gewerkschaften (spiegelbildlich dazu die Gier der institutionellen Anleger und ihrer Manager) hat nichts gebracht. Wer predigt, dass Lohnverzicht (oder länger arbeiten bei gleichem Lohn) mehr Arbeit bringt, belügt die Menschen. Diese Strategie führt geradewegs in weitere Wachs-

tumsschwäche und höhere Arbeitslosigkeit. Geradezu widersinnig ist es, wenn im Lande des Exportweltmeisters (!) längere Arbeitszeiten gefordert werden, „damit wir wieder wettbewerbsfähiger werden“.

Deutschland leidet nicht an einem Mangel an Wettbewerbsfähigkeit, sondern an einem eklatanten Mangel an inländischer Nachfrage. Was Deutschland von „erfolgreicheren“ Ländern unterscheidet ist, dass bei uns der Zuwachs der Konsumnachfrage jedes Jahr bei Null Prozent herumkriecht. Weil aufs Ganze gesehen die Inlandsnachfrage über 70 Prozent der Gesamtnachfrage ausmacht und viel bedeutender ist als die Auslandsnachfrage, fehlt es den meisten Unternehmen an ausreichenden Umsätzen und Gewinnen. Die Unternehmen brauchen Aufträge – und die bekommen sie nur, wenn es Kunden (ob Private, Kommunen, Institutionen oder Staat) gibt, die Geld ausgeben. Der gegenwärtige Exportschub wird uns zwar ein Wachstum bei einem Prozent ermöglichen, aber die „Inlandsnachfrage auf der Abwärtspiste“ wird uns schon im nächsten Jahr ein neues Desaster rückläufiger Konjunktur bescheren. Den Lohnsenkern und Flexibilisierern sei Dank. Nächstes Jahr werden sie verkünden, dass uns jetzt nur noch Lohnsenkungen im zweistelligen Bereich retten könnten.

Die Zerstörung des Flächentarifvertrags ist ökonomisch gefährlich, weil sie zu Lohnsenkungswettläufen geradezu einlädt. Jeder Manager wird zu seinem Betriebsrat gehen mit dem Verweis darauf, dass Konkurrenzbeleg-

schaften schon Verzicht geübt hätten. Am Ende gibt es dann keine Gewinner, sondern nur Verlierer. Der Flächentarifvertrag ist das einzig wirksame Mittel gegen schädliche Lohnsenkungswettläufe. Mehr noch: der Flächentarifvertrag garantiert eine auf

Innovation und Qualität fußende wettbewerbliche Marktwirtschaft, denn mit diesem Instrument sind die Vorkosten für Arbeit für alle Unternehmer einer Branche die gleichen – was ja auch für die übrigen Vorkosten gilt – und

damit wettbewerbsneutral!. „Flexibilisierung“ oder „Verbetrieblichung“ heißt nichts mehr, als das Management aufzufordern, nicht mehr um Qualität und Produkte, sondern um pure Lohnsenkung zu konkurrieren.

Beschlossen vom Bezirksparteitag der MittelfrankenSPD am 17.07.04 in Nürnberg

Essentials zur Programmdebatte der SPD

Sozialdemokratische Politik hat sich zu orientieren an den Bedürfnissen der Menschen. Diese Bedürfnisse zeigen das Streben der Menschen nach materieller Sicherheit, nach individueller Entfaltung und persönlichem Glück, nach sozialem Kontakt und gesellschaftlicher Anerkennung, nach Selbstbestimmung und Solidarität. Sie äußern sich konkret in der jeweiligen persönlichen und gesellschaftlichen Lebenssituation, die von den Machtverhältnissen in der Gesellschaft geprägt ist. Frauen sind dabei die Leidtragenden der überall herrschenden patriarchalen Strukturen, die von Männern geschaffen wurden und hauptsächlich deren Bedürfnissen entsprechen.

In der herrschenden Wirtschaftsordnung, deren Gesetzmäßigkeiten und Entscheidungsprozesse das persönliche, gesellschaftliche und politische Leben entscheidend beeinflussen, können sich wichtige Bedürfnisse der großen Mehrheit der Menschen - national und international - nur schwer und unzureichend durchsetzen.

Eine ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung und die durch sie gegebene wirtschaftliche Abhängigkeit, eine vielfach eintönige und entfremdete Arbeitswelt und die offensichtliche Chancenungleichheit im Bildungswesen behindern bereits das Erkennen und die Vertretung gemeinsamer Interessen für die breiten Schichten unseres Volkes und erst recht deren Durchsetzung. Die an privater Gewinnerzielung orientierten Interessen weniger geraten in wesentlichen

Lebensbereichen in Widerspruch zu den Interessen der vielen. Leistungsdruck und Konkurrenzdenken erschweren die Entwicklung von gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein, von solidarischem Handeln und von Toleranz.

In diesem gesellschaftlichen Interessenkonflikt beziehen Sozialdemokraten Stellung für die große Mehrheit der Bürger, das meint die abhängig Beschäftigten, die Auszubildenden, die Rentner, die kleinen Gewerbetreibenden und die anderen Nichtprivilegierten dieser Gesellschaft, und die Völker der sog. Dritten Welt. Das Ziel der SPD ist daher die Veränderung der bestehenden Gesellschaft zu einer neuen Gesellschaft, die für jeden Einzelnen die freie Persönlichkeitsentfaltung und die selbstverantwortliche Mitwirkung am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben besser als bisher gewährleistet, „die Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst“ (Fr.Engels).

Die zentralen Aufgaben sozialdemokratischer Politik angesichts der bestehenden und drohenden Probleme liegen in den großen Zukunftsfragen Arbeit/Wirtschaft/ Soziales/Verteilung, Ökologie und Klima, Außen- Sicherheits- und Entwicklungspolitik /Internationalismus, Gleichstellung.

Diese Politik muss basieren auf einer gründlichen Analyse der gesellschaftlichen und insbesondere der ökonomischen Prozesse, ausgehend von der Erkenntnis, dass Natur und menschl-

che Arbeit die Grundlage allen gesellschaftlichen Reichtums sind. Die bestehende (Welt)wirtschaftsordnung gründet auf Ungleichheit auf nationaler und internationaler Ebene und reproduziert diese stets von Neuem. Ihre Entwicklung verläuft nach wie vor in krisenhaften Zyklen - der stetige Aufschwung für alle ist eine gefährliche Illusion, die die Sozialdemokratie nicht bestärken oder gar zur Grundlage ihrer konkreten Politik machen darf.

Aufgabe sozialdemokratischer Politik auf der Ebene des Staates ist die Sicherung der materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der breiten Schichten der Bevölkerung, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der aktive Einsatz für eine friedliche und gerechte Entwicklung aller Völker.

Nur ein staatliches Handeln, das diesen Aufgaben und Zielen entspricht, verdient die Bezeichnung 'Reformpolitik'. Diese ist durch die auf der Eigentums-, Vermögens- und Einkommensverteilung beruhenden ungleichen gesellschaftlichen Machtverteilung und Interessendurchsetzung stets gefährdet. Ihre Durchsetzung verlangt ein breites gesellschaftliches Bündnis mit den Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden, sozialen Bewegungen und Initiativen.

Reformpolitik lässt sich nicht mit Regierungs- und Parlamentsarbeit allein durchsetzen. Wesentliches zweites Bein ist die Aufklärung der breiten Schichten über die gesellschaftlichen und insbesondere ökonomischen Prozesse und ihre Hintergründe („die Wirklichkeit in die Köpfe der Menschen bringen“) und die Mobilisierung für deren Interessen und Bedürfnisse. Dies verlangt unmissverständliche Parteinahme und den Mut, ohne taktische Fi-

nessen „zu sagen, was ist“ (Lassalle) und Bündnispartner und Gegner öffentlich zu benennen. Konsens als Prinzip, mit allen gesellschaftlichen Kräften, ist entweder eine gefährliche Illusion oder der Tod der Reformpolitik.

Hier liegt - neben der Parlaments- und Regierungsarbeit - die wesentliche Rolle der Partei. Nur wenn es gelingt, die breite Mehrheit der Menschen für ihre Interessen und Bedürfnisse zu

„aktivieren“, ihnen entscheidende Orientierung zu geben und eine gesellschaftlich präzise Kraft zu sein, mit der die Menschen Hoffnung für die Sicherung und positive Veränderung ihrer konkreten Lebensverhältnisse und Visionen für die gerechte, friedliche Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels verbinden, werden die großen Zukunftsaufgaben - mit der Sozialdemokratie und nicht gegen sie - gelöst werden können.

Die sozialdemokratischen Grundwerte bedürfen für diese Aufgabe keiner Modifikation oder Uminterpretation. Umgekehrt: Sozialdemokratische Politik heute bedarf mehr denn je angesichts der Zukunftsaufgaben der Orientierung an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und deren konkrete Umsetzung.

Dieter Haack – neuer Ehrenbürger der Stadt Erlangen

Herzlichen Glückwunsch!

Am 7. Juli wurde in einer Festsitzung des Stadtrats Dieter Haack, langjähriger SPD Bundestagsabgeordneter unseres Wahlkreises und Bundeswohnungsbauminister, zum neuen Ehrenbürger der Stadt Erlangen ernannt.

Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

*Dr. Dieter Haack,
Bundesminister a.D.*

Hat sich durch sein langjähriges öffentliches Wirken als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, Parlamentarischer Staatssekretär und Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Mitglied des Bayerischen Senats sowie als Präsident der Evangelisch-Lutherischen Landessynode in Bayern, als Bundesvorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland und als Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes für Wohneigentum und Stadtentwicklung um unser Land, unsere Region und unsere Stadt hohe Verdienste erworben.

Seine Leistungen sind im besonderen Maße gerade auch der Stadt Erlangen zugute gekommen, die sich mit der Förderung von Sanierungsmaßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung modern und zeitgerecht entwickeln konnte.

Mit vorbildlicher demokratischer Gesinnung, mit unverkrampfter Bürgernähe und mit unermüdlicher Tatkraft hat er sich für die Menschen seiner fränkischen Heimat eingesetzt und durch seinen fairen politischen Stil einen wichtigen Beitrag geleistet. In dankbarer Würdigung dieser Verdienste, die maßgeblich die Entwicklung der Stadt beeinflussten und das Wohl der Bürgerschaft gefördert haben, überreicht der Erlanger Stadtrat in seiner heutigen Festsitzung diesen

Ehrenbürgerbrief

Erlangen, 7. Juli 2004

Wir gratulieren sehr herzlich!

Robert Thaler
Vorsitzender des
SPD-Kreisverbandes

Gisela Niclas
Vorsitzende der
SPD-Stadtratsfraktion

Wolfgang Vogel
Landtagsabgeordneter

Rettet den Wald!

Kein Ausverkauf der Wälder Bayerns durch die Forstreform

Bedeutung der Wälder Bayerns

- Wälder bedecken etwa 35 % der Landesfläche und sind damit die grüne Lunge Bayerns.
Sie sind unersetzlich für Klima-, Trinkwasser- und Hochwasserschutz sowie die Erholung in ruhiger Waldnatur.
- Von Natur aus wäre Bayern ein Waldland und damit haben die Wälder zentrale Bedeutung für den Erhalt der Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren.
- 10 % der Landesfläche Bayerns sind Staatswälder, die vorrangig der Erfüllung der Schutz- und Erholungsfunktionen dienen.

Weshalb brauchen wir eine naturnahe Waldwirtschaft?

- Waldwirtschaft ist die naturnächste Landnutzungsform. Naturnahe Wälder sind Lebensraum für Tausende von Tier- und Pflanzenarten.
- Holz ist der Rohstoff der Zukunft. Heute kommen nur 50 % des deutschen Holzaufkommens aus Deutschland. Dabei ist Holz ein zentraler Rohstoff für Volkswirtschaft und der einzige nachwachsende Rohstoff, der klimafreundlich und nachhaltig in Deutschland erzeugt werden kann. Zudem sichert die Holznutzung in Deutschland direkt 750.000 Arbeitsplätze.

- Nadelholzeinbestände müssen dringend in stabilere, naturnähere und artenreichere **Mischwälder** umgebaut werden.
- **Schutzwaldsanierung** ist Voraussetzung dafür, dass Alpenraum bewohnbar bleibt.

Warum brauchen wir eine funktionsfähige Forstamtsorganisation?

- Weil sich die Forstämter um die Belange des Waldes und die Walderhaltung kümmern.
- Weil die Forstämter einen Ausgleich zwischen verschiedenen Interessengruppen in der Gesellschaft und den Belangen der Waldbesitzer herstellen.
- Weil die Forstämter für die vorrangige Erfüllung der Schutz- und Erholungsfunktion im Staatswald Sorge tragen.
- Weil die Forstämter unabhängig und kompetent die privaten Waldbesitzer beraten.
- Weil die Forstämter auf Wunsch die Wälder der Kommunen bewirtschaften.
- Weil die Forstämter über die Waldpädagogik jährlich Tausende von Kinder und Jugendliche an den Lebensraum Wald heranzuführen.

Derzeit gibt es 128 Forstämter in Bayern. Diese sind wald- und bürgernah organisiert und arbeiten mit einer

kleinen Personalbesetzung höchst effektiv. Seit 1995 wurde bereits 35% des Forstpersonals abgebaut. Im Staatswald entsteht das wirtschaftliche Defizit nur durch die Kosten der Sicherung und Verbesserung der Schutz- und Erholungsfunktionen.



Was haben Kabinett und CSU-Fraktion im März 2004 zur Forstreform beschlossen?

Staatswald

- Zerschlagung der Einheitsforstämter und Aufteilung in reinen eigenständigen Staatsforstbetrieb und eine Hoheits-/Beratungsverwaltung an den 47 Landwirtschaftsämtern.
- Drastische Reduktion der Forstbetriebe von heute 128 Forstämter auf 35 Forstbetriebe. Die dadurch zu betreuenden Flächen vergrößern sich von 6000-6500 ha auf 20000-25000 ha pro Forstamt.
- Rechtsform: Anstalt öffentlichen Rechts.
- Verstärkt und vorrangig gewinnorientierte Bewirtschaftung.



SPD – Rathaustelegramm

diesmal als Beilage

- Investitionen für Erfüllung vieler Schutz- und Erholungsfunktionen muss der Staatsforstbetrieb selbst
- erwirtschaften. Eine externe Finanzierung gibt es nur für einzelne besondere Aufgaben, und hier muss der Staatsforstbetrieb mit den anderen Waldbesitzern um immer knapper werdende Fördertöpfe konkurrieren.

Körperschafts- und Privatwald: deutliche Reduktion bzw. Verteuerung der staatlichen Unterstützung und Beratung.

Waldfunktionen wie Trinkwasser-, Hochwasserschutz oder Erholung werden bei Planungsvorhaben nicht mehr vorrangig beachtet.

Bewertung: eine bewährte Forstamtsorganisation soll zerschlagen werden für eine neue Organisation, die teurer, ineffektiver, bürokratischer und bürgerferner ist. Eine Reihe von kostensparenden Synergieeffekten der heutigen Struktur würde wegfallen.

Vorbildliches Bayerisches Waldgesetz droht ausgehöhlt zu werden!

- **Das Waldgesetz** wurde vor 30 Jahren einstimmig vom Bayerischen Landtag beschlossen und hat sich für die Walderhaltung und die Erfüllung der Schutz- und Erholungsfunktionen bewährt. Es stellt höhere Ansprüche an den öffentlichen Wald und sieht liberale Regeln für den Privatwald vor.
- **Im Wortlaut des Gesetzestextes** heißt es in **Art. 1:** „Der Wald ist von besonderer Bedeutung für den Naturhaushalt und ist wesentlicher Teil der natürlichen Lebensgrundlage. Er hat landeskulturelle, wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Aufgaben zu erfüllen“ und in **Art. 18** „Der Staatswald dient dem allgemeinen Wohl in besonderem Maße.

Er ist daher vorbildlich zu bewirtschaften.“

Sollen die Forstämter wegen Erfolges abgeschafft werden?

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen die Erfolge der letzten 20 Jahre im Staatswald:

- Mehr **Naturverjüngung:** zwei Drittel der Staatswälder werden heute natürlich verjüngt.
- Mehr **alte und dicke Bäume:** Spechte und Hirschkäfer können aufatmen.
- Mehr **Mischwald:** das Trinkwasser wird es danken; z.B. wurden im Nürnberger Reichswald 15 Mio. Bäumchen gepflanzt.
- Mehr **Schutzwaldsanierung:** überlebenswichtig für den Alpenraum.
- Der staatliche Forstbetrieb schreibt bereits eine „**Schwarze Null**“.

Resolution des Unterbezirksvorstands der SPD Nürnberg zum Volksbegehren „Aus Liebe zum Wald“

Der Wald gehört uns allen
Wald ist ein Stück Heimat. Vor diesem Hintergrund und seiner herausragenden ökologischen Bedeutung z.B. für Trinkwasserschutz sehen wir uns verpflichtet alles zu unternehmen um auch in Zukunft eine naturnahe Waldwirtschaft zu gewährleisten und weiter auszubauen. Ein schlüssiges Waldkonzept muss deshalb diesen Anspruch rechtlich verankern und eine nachhaltige Entwicklung des Waldes in nächsten Jahrzehnten sicherstellen.

„Forstreform“ der Staatsregierung – Nein Danke!

Der Staatswald gehört den Bürgerinnen und Bürgern und darf deshalb nicht privatisiert werden. Ein an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunk-

ten orientiertes Unternehmen kann der vorrangig zu erfüllenden Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes nicht gerecht werden. Nur ein mit Nachhaltigkeit bewirtschafteter Bürgerwald, der nicht an kurzfristigen Renditen interessiert ist, garantiert, dass der Wald auch den zukünftigen Generationen mit all seinen Schätzen erhalten bleibt. Die von der Staatsregierung beschlossene Forstreform höhlt ein vorbildliches Bayerisches Waldgesetz aus anstatt es sinnvoll weiterzuentwickeln.

Forstämter als Ansprechpartner für alle waldbaulichen Fragen

Die Zerschlagung der Forstämter lehnen wir ab. Die Privatwaldberatung muss auch weiterhin durch die Staatsforstverwaltung erbracht werden, ebenso die Beratung und Hilfestellung für die Kommunalwälder. Eines der zentralen Anliegen muss auch in Zukunft sein möglichst vielen Kindern und Jugendlichen den Lebensraum Wald mit all seinen Facetten und seinen Tier- und Pflanzenarten näher zu bringen. Alle waldpädagogischen Angebote dürfen deshalb auf keinen Fall vernachlässigt werden und verdienen vielmehr zusätzlicher Unterstützung.

Unterstützung für das Volksbegehren


Ebenso unterstützt die **Erlanger SPD** das Volksbegehren des **Bund Naturschutz** und fordert auch die Stadt Erlangen auf sich, ebenso wie andere Kommunen, dem Begehren anzuschließen

(Anm. der Redaktion:

Bis auf den Resolutionstextes des UB Nürnberg ist der Text dem Bund Naturschutz Bayern entliehen.)

Weitere Informationen unter:

<http://www.bund-naturschutz.de/fakten/wald/forstreform/index.html>



CDU: Kampfansage an die Arbeitnehmerschaft.

Die Forderungen, die die CDU in ihrem aktuellen Papier zu Arbeitsmarktreformen aufstellt, sind eine Kampfansage an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Sie sollen allein die Zeche für die weltweite Konjunkturflaute und schwaches Wirtschaftswachstum zahlen.

Da gibt es sogar in der CDU selbst Protest. Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Hermann-Josef Arentz, zu den CDU-Plänen: „Das geht ausschließlich auf die Knochen der Arbeitnehmer.“

Das fordert die CDU unter anderem:

CDU: WEG MIT DEM KÜNDIGUNGSSCHUTZ.

- ▶ Kündigungsschutz für Neueinstellungen in den ersten drei Jahren streichen.
- ▶ Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer ab 53 Jahren streichen.
- ▶ Kündigungsschutz für Neueinstellungen in Firmen mit weniger als 20 Mitarbeitern streichen.

CDU: AUS FÜR DIE TARIFAUTONOMIE.

- ▶ Flächentarifvertrag aushebeln.
- ▶ Neu eingestellte Arbeitslose während der Probezeit unter Tarif entlohnen.
- ▶ Mitbestimmungs- und Betriebsratsrechte zusammenstreichen.

CDU: ARBEITNEHMER SOLLEN DIE ZECHE ZAHLEN.

- ▶ Für das gleiche Geld länger arbeiten.
- ▶ Das Arbeitslosengeld im ersten Monat auf Sozialhilfeniveau absenken.
- ▶ Erwerbsfähige Arbeitslose sollen für Dumping-Löhne arbeiten.

Neue Stärke.



SPD